

Medienspiegel

15.11.2024

Avenue ID: 1411
Artikel: 6
Folgeseiten: 3

Print

-  13.11.2024 Schweizer Bauer
«Kürzere Schlachtwege wären sinnvoller» 01
-  11.11.2024 SHAB / Schweizerisches Handelsamtsblatt
Neueintragung Bi-Bala Security Solutions GmbH, Moosseedorf 03
-  08.11.2024 SHAB / Schweizerisches Handelsamtsblatt
Neueintragung SwissTransport Peykar, Moosseedorf 04
-  08.11.2024 SHAB / Schweizerisches Handelsamtsblatt
Mutation Pensionskasse Marti, Moosseedorf 05
-  08.11.2024 SHAB / Schweizerisches Handelsamtsblatt
Löschung Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen, Moosseedorf 06

News Websites

-  09.11.2024 hauptstadt.be / Hauptstadt
Keine freie Fahrt 07



«Kürzere Schlachtwege wären sinnvoller»

Zum Ausbau des Schweizer Autobahnnetzes, über den am 24. November abgestimmt wird.

Immer neue Vorschriften für Schlachthöfe und Metzgereien zwingen viele regionale aufzugeben. Die Politik hat nichts unternommen, um das zugunsten des Tierwohls zu verhindern. Grosskonzerne übernehmen. Sie unterstützen Parteien eher als die kleinen Metzgereien. Kürzere Wege wären für Tierwohl und ökologisch ein Vorteil. Jetzt nutzen Politik, Bundesrat und Bauernverband das Tierwohl als Werbung für neue Autobahnen, die Lastwagen mit Tieren sollen weniger im Stau stehen müssen, wenn die Tiere tagelang in der Schweiz herumgekartt werden. Das Fleisch wird nicht besser durch gestresste Tiere. Zuerst wurden die Tiere auf die Strasse gestellt, und jetzt macht man Werbung für die Autobahnen.

Alfred Schubach Lippoldswilen TG

«Ende der Demokratie?»

Zum neuen Planungs- und Baugesetz (PBG), über das im Kanton Luzern am 24. November abgestimmt wird.

Auch viele Landwirte sind sich wohl nicht bewusst, dass mit einem Ja zum neuen Planungs- und Baugesetz (PBG) im Bereich Energieanlagen die direkte Demokratie ausgehebelt wird. Dazu einige Punkte: Die Autonomie der Gemeinden ist das Fundament der direkten Demokratie. Somit wird mit deren Zurückstufung dem bisherigen politischen föderalen System das Rückgrat gebrochen. Die Gemeinden und deren Stimmvolle werden

zunehmend zu Vollzugsanstalten des Kantons und des Bundes degradiert. Gerade im Bereich Energieanlagen wird sich nach Annahme des Planungs- und Baugesetzes der kommunale politische Gestaltungsraum kontinuierlich verkleinern. So könnte sich zum Beispiel in der Gemeinde Rickenbach die Minderheit des Stimmvolks gegen die Mehrheit durchsetzen, obwohl sich Letztere schon zweimal klar gegen die geplante Windkraftanlage auf dem Stierenberg ausgesprochen hat! - Was würde wohl passieren, wenn allenfalls bei einer Aufhebung des Bauverbots von neuen Atomkraftwerken ein solches in einer die Atomkraft ablehnenden Gemeinde erstellt würde? Unvorstellbar! Aber bei Windkraft- und Solarparkanlagen (die meisten in Landgemeinden) mutet man dies den betroffenen Gemeinden ohne Mitbestimmungsrecht zukünftig einfach zu! Fazit: Nur ein klares Nein zum neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz am 24. November bewahrt uns präventiv vor einem Radikalabbau der direkten Demokratie und vor einer Bevormundung durch willkürliche Behörden und Technokraten!

Robert Furrer Oberkirch LU
«Fundament wird zerstört»
Zum Ausbau des Schweizer Autobahnnetzes, über den am 24. November abgestimmt wird.

Wer Autobahnen baut, baut Städte. Und zerstört damit das Fundament der Schweiz. Die Autobahn-Befürworter haben recht: Autobahnen sind die Hauptschlagadern. Aber wovon? Das Mittelland ist zu einem Gewucher aus Siedlungsraum, Strassen und weiterer Infrastruktur verkommen. Dieses

gefrässige Ungetüm macht alles platt, was ich unter «Schweiz» verstehe, was ich an unserem Land schätze und liebe. Unsere einzigartige naturnahe Landwirtschaft, Natur und Landschaft, Biodiversität, Kultur und Tradition nehmen Schaden und verschwinden in einem monotonen Einheitsbrei. Der Stadt-Land-Graben ist nichts anderes: Er beschreibt die Abspaltung der städtischen Kultur von der traditionellen Schweiz. Autobahnen sind die Pulsadern eines Krebsgeschwürs. Ja zur Schweiz bedeutet Nein zum weiteren Ausbau der Nationalstrassen.

Marcel Zöger Biologe Salouf GR

«Wieso nicht Baulandpreis?»

Zum Ausbau des Schweizer Autobahnnetzes, über den am 24. November abgestimmt wird.

Wieso werden eigentlich die Grundeigentümer entlang der Autobahn, die Land verlieren werden an die Erweiterung, nicht mit einem anständigen Bauland-Preis entschädigt?

Andreas Künsch Moosseedorf BE
Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Kurz gefasste Leserbriefe (max. 1500 Zeichen) werden bei der Auswahl bevorzugt behandelt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über nicht veröffentlichte Beiträge wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, Pf. 8135, 3001 Bern Fax:
031 330 95 32 Mail:
leserbriefe@schweizerbauer.ch



Schweizer Bauer
3001 Bern
<https://www.schweizerbauer.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Fachmedien
Auflage: 27'640
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 3
Fläche: 51'417 mm²

Auftrag: 1084658
Themen-Nr.: 862006
Referenz:
9f75a6ac-13b2-4f2f-aa2d-2bd1ab7fdb49
Ausschnitt Seite: 2/2 Print



«Jetzt nutzen Politik, Bundesrat und Bauernverband das Tierwohl als Werbung für neue Autobahnen», kritisiert Alfred Schubach. (Bild: Roland zh)



Neueintragung Bi-Bala Security Solutions GmbH, Moosseedorf

Publikationsdaten: SHAB - 08.11.2024

Publizierende Stelle: Bundesamt für Justiz (BJ), Eidgenössisches Amt für das Handelsregister

Meldungsnummer: HR01-1006173581

Bi-Bala Security Solutions GmbH, in Moosseedorf, CHE-290.253.800, c/o Georges Parfait Eloundou Eloundou, Lenzenhohlestrasse 2, 3302 Moosseedorf, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Neueintragung). Statutendatum: 29.10.2024. Zweck: Die Gesellschaft bezweckt die Erbringung von Beratungs- und Supportleistungen in den Bereichen Informationsmanagement, Informationssicherheit, Human Resources und Kommunikation, Softwareentwicklung sowie Ausbildung und Coaching, insbesondere in den Bereichen moderne Technologie und Künstliche Intelligenz (KI). Ausserdem bezweckt die Gesellschaft den Handel mit Waren aller Art. Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland errichten und sich an anderen Unternehmen im In- und Ausland beteiligen sowie alle Geschäfte tätigen, die direkt oder indirekt mit ihrem Zweck in Zusammenhang stehen. Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Grundeigentum erwerben, belasten, veräussern und verwalten. Sie kann auch Finanzierungen für eigene oder fremde Rechnung vornehmen sowie Garantien und Bürgschaften für Tochtergesellschaften und Dritte eingehen. Stammkapital: CHF 20'000.00. Nebenleistungspflichten, Vorhand-, Vorkaufs- oder Kaufsrechte: gemäss näherer Umschreibung in den Statuten. Publikationsorgan: SHAB. Mitteilungen an die Gesellschafter: per Brief oder E-Mail. Gemäss Erklärung vom 07.10.2024 wurde auf die eingeschränkte Revision verzichtet. Eingetragene Personen: Bi-Bala Consulting GmbH (CHE-192.078.594), in Moosseedorf, Gesellschafterin, mit 200 Stammanteilen zu je CHF 100.00; Eloundou Eloundou, Georges Parfait, deutscher Staatsangehöriger, in Moosseedorf, Geschäftsführer, mit Einzelunterschrift.

Tagesregister-Nr.: 18856 vom 05.11.2024

Verantwortliches Amt:

Handelsregisteramt des Kantons Bern



Neueintragung SwissTransport Peykar, Moosseedorf

Publikationsdaten: SHAB - 07.11.2024

Publizierende Stelle: Bundesamt für Justiz (BJ), Eidgenössisches Amt für das Handelsregister

Meldungsnummer: HR01-1006172433

SwissTransport Peykar, in Moosseedorf, CHE-179.527.733, Sandstrasse 104, 3302 Moosseedorf, Einzelunternehmen (Neueintragung). Zweck: Betrieb einer Transportfirma. Eingetragene Personen: Peykar, Kambiz, iranischer Staatsangehöriger, in Moosseedorf, Inhaber, mit Einzelunterschrift.

Tagesregister-Nr.: 18795 vom 04.11.2024

Verantwortliches Amt:

Handelsregisteramt des Kantons Bern



Mutation Pensionskasse Marti, Moosseedorf

Publikationsdaten: SHAB - 07.11.2024

Publizierende Stelle: Bundesamt für Justiz (BJ), Eidgenössisches Amt für das Handelsregister

Meldungsnummer: HR02-1006172463

Pensionskasse Marti, in Moosseedorf, CHE-109.777.443, Stiftung (SHAB Nr. 169 vom 02.09.2024, Publ. 1006119161). Fusion: Übernahme der Aktiven und Passiven der Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen, in Moosseedorf (CHE-109.522.771), gemäss Fusionsvertrag vom 25.03.2024, Bilanz per 31.12.2023 und Verfügung der Aufsichtsbehörde der übertragenden Vorsorgeeinrichtung vom 10.09.2024. Aktiven von CHF 227'310'321.34 und Passiven (Fremdkapital) von CHF 227'310'321.34 gehen auf die übernehmende Vorsorgeeinrichtung über.

Vorangehende Publikation im SHAB

Datum der Veröffentlichung im SHAB: 02.09.2024

Nummer der SHAB-Ausgabe: 169

Tagesregister-Nr.: 18825 vom 04.11.2024

Verantwortliches Amt:

Handelsregisteramt des Kantons Bern



Löschung Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen, Moosseedorf

Publikationsdaten: SHAB - 07.11.2024

Publizierende Stelle: Bundesamt für Justiz (BJ), Eidgenössisches Amt für das Handelsregister

Meldungsnummer: HR03-1006172489

Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen

CHE-109.522.771

Seedorffeldstrasse 21

3302 Moosseedorf

Zweck

Die Stiftung bezweckt die berufliche Vorsorge für die Arbeitnehmer der Stifter- bzw. Arbeitgeberfirma und mit dieser wirtschaftlich oder finanziell eng verbundenen Unternehmungen sowie für deren Angehörige und Hinterlassene gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Durch Beschluss des Stiftungsrats können im Einvernehmen mit der Arbeitgeberfirma auch Unternehmungen, die mit der Arbeitgeberfirma finanziell oder wirtschaftlich eng verbunden sind, der Stiftung angeschlossen werden. Die Ansprüche der bisherigen Destinatäre dürfen dadurch nicht geschmälert werden. Zur Erreichung ihres Zwecks kann die Stiftung Versicherungsverträge abschliessen oder in bestehende Verträge eintreten, wobei sie selbst Versicherungsnehmerin und Begünstigte ist.

Löschungsdatum: 04.11.2024

Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen, in Moosseedorf, CHE-109.522.771, Stiftung (SHAB Nr. 27 vom 08.02.2022, Publ. 1005399766). Aktiven und Passiven (Fremdkapital) der Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen gehen infolge Fusion auf die Pensionskasse Marti, in Moosseedorf (CHE-109.777.443), über. Die Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen wird im Handelsregister gelöscht.

Vorangehende Publikation im SHAB

Datum der Veröffentlichung im SHAB: 08.02.2022

Nummer der SHAB-Ausgabe: 27

Tagesregister-Nr.: 18851 vom 04.11.2024

Verantwortliches Amt:

Handelsregisteramt des Kantons Bern



Keine freie Fahrt

Kein Dorf ist vom geplanten Autobahnausbau mehr betroffen als Schönbühl. Aber brächte er wirklich die versprochene Entlastung für das Dorf? Ein Ortstermin.

**08. November 2024, Marina Bolzli (Text)
und**

«Hier gibt es immer Stau, auch wenn es auf der Autobahn keinen hat», sagt Roland Lüthi. Der GLP-Grossrat steht vor dem Kreisel in Schönbühl. Zwei weitere Kreisel befinden sich in Sichtdistanz, sie alle lenken den Verkehr Richtung Autobahn. Die Autos kommen aus den umliegenden Gemeinden, Jegenstorf, Hindelbank, Moosseedorf, Bärswil. Und natürlich von der Autobahn. 23'200 sind es durchschnittlich pro Tag.

Schönbühl besteht aus einem Verkehrschaos. Schon sehr lange. Übereinstimmend sagen Einwohner*innen: «Ich vermeide es, zu Stosszeiten durchs Dorf zu fahren.» So klingt es beim lokalen Geschäft Tschanz Storen, so sagt es die Geschäftsführerin von Ueli der Beck, so macht es auch GLP-Grossrat Roland Lüthi.

Wohl kein anderer Ort ist vom geplanten Autobahnausbau, über den die Stimmbevölkerung am 24. November befindet, mehr betroffen als Schönbühl. Hier gibt es die Autobahnzufahrten auf die A1 in Richtungen Zürich und Bern, auf die A6 Richtung Biel.

Hier soll die A1 ausgebaut werden. Von sechs auf acht Spuren bis ins Wankdorf nach Bern. Von vier auf sechs Spuren bis nach Kirchberg in Richtung Zürich.

Am 24. November befindet das Schweizer Stimmvolk über sechs Ausbauten der Autobahn in der ganzen Schweiz. Die Spurausbauten der A1 zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg sind zwei davon. Weiter soll auf der A2 bei Basel ein neuer Rheintunnel gebaut werden, auf der A4 bei Schaffhausen und der A1 bei St. Gallen je ein Tunnel ausgebaut werden und auch die A1 zwischen Le Vengeron und Nyon in der Westschweiz soll ausgebaut werden.

Für diese Projekte sind insgesamt 4,9 Milliarden Franken aus einem zweckgebundenen Fonds vorgesehen. Weil gegen die Vorhaben erfolgreich das Referendum ergriffen wurde, kommt die Vorlage vors Volk.

Es würde bedeuten, dass Schönbühl für mindestens zwölf Jahre von einer gigantischen Baustelle dominiert würde. Aber ob es danach besser werden würde? Es ist eine Frage, an der sich die Geister scheiden.

Dabei wird im Abstimmungsbüchlein die Verminderung des Ausweichverkehrs in die Dörfer als eines der Hauptargumente für den Ausbau aufgeführt.

Am Knotenpunkt

Früher Donnerstagabend. Auf der Wiese mitten in Schönbühl grasen Schafe. Daneben rauschen Autos vorbei. Um halb fünf noch in flottem Tempo, kaum eine Viertelstunde später aber kriechen sie nur noch. Durch bis zu drei Kreisel kämpfen sie sich, auf dem Weg zur Autobahn oder von ihr weg.

Schönbühl hat immerhin 6500 Einwohner*innen. Und trotzdem wissen manche aus umliegenden Gemeinden gar nicht, dass das Dorf auch ein Zentrum hat.

Hier gibt es Denner und Coop, die lokale Filiale der bäuerlichen Bau-AG GLB, eine Postfiliale, mehrere Arztpraxen, den Dorfbeck, den Landgasthof Schönbühl und einen Dorfplatz mit einem recht hässlichen Brunnen.

Aber auch: Drei Bahnhöfe, einen Helikopterlandeplatz, Velowege in alle Richtungen.



Doch alles, was die Leute von ausserhalb – vor allem die mit Autos – kennen, ist der Autobahnanschluss, der Obi, das Shopyland.

«Schönbühl ist ein Knotenpunkt», sagt GLP-Politiker Lüthi. Er wohnt im nahen Moosseedorf, das gleich auf der anderen Seite des Shopylands liegt. Von seinem Haus aus hat er freie Sicht auf die Autobahn. Und er ist einer der über 60 Einsprechenden gegen den Autobahnausbau beim Grauholz. So wie auch die Gemeinden Schönbühl, Moosseedorf, Ittigen oder Zollikofen eingesprochen haben. Viele der Einsprachen sind noch offen.

Bei Lüthi geht es um die Lärmbelastung. Und darum, dass vor der nun angesetzten Abstimmung nur das Teilstück zwischen Wankdorf und Schönbühl öffentlich aufgelegt worden ist, nicht aber die Fortsetzung des Ausbaus Richtung Kirchberg. Er vermutet, dass das zuständige Bundesamt Astra das aus Kalkül gemacht hat.

«Auch sie wird noch einmal Lärm verursachen, das muss man miteinberechnen», sagt Lüthi. Darauf fusst seine Beschwerde. Obwohl ihm klar ist, dass eine Beschwerde den Autobahnausbau nicht verhindert, sondern das Astra lediglich dazu zwingt, Anpassungen zu machen. Zum Beispiel durch höhere Schallschutzmauern.

Hinter Schallschutzmauern

Schallschutzmauern sind im Dorf omnipräsent. Sie sind hoch. In ihrem Schatten befindet sich ein um diese Uhrzeit verlassener und tristlos aussehender Kinderspielplatz. Aber auch Wohnhäuser sind zum Teil eng daran gebaut. Bei manchen hat man aus dem zweiten Stock freie Sicht auf die Autobahn. Auch das ist man sich in Schönbühl gewöhnt. Da der Ausbau dieses Teilstücks noch nicht ausgesteckt ist, ist auch noch nicht bekannt, ob die angrenzenden Wohnhäuser, Gewerberäume, Spielplätze weichen müssen oder nicht.

Unklar ist auch, ob die Verkehrssituation nach dem Ausbau besser werden würde. Darauf hofft zum Beispiel Regula Hasler. Sie ist Geschäftsführerin von Ueli der Beck beim RBS-Bahnhof Schönbühl. «Man möchte das Verkehrschaos nicht mehr», sagt sie, die selbst auch in Schönbühl wohnt. Es gebe überall Chancen und Gefahren. Grundsätzlich denke sie, dass der Bau zuerst zu mehr Staus führen würde, aber es vielleicht danach besser würde.

Blick nach Zollikofen

Als Vergleich könnte das Beispiel Zollikofen dienen. Dort gibt es auch eine belastete Strasse, die Bernstrasse Richtung Bern. Um die 18'500 Autos passieren sie tagtäglich. Diese Zahl bleibt seit über 40 Jahren überraschend konstant. So waren es laut Verkehrszählung im Jahr 1981 18'577 Fahrzeuge, im Jahr 2023 18'674 Fahrzeuge.

Dazwischen geschah aber einiges: 1995 wurden im Grauholz zwei zusätzliche Autobahnspuren in Betrieb genommen. Die Begründung – wie auch schon beim ursprünglichen Bau der Autobahn vor über 60 Jahren: Den Flaschenhals in Zollikofen beseitigen und das Dorf vom Durchgangsverkehr entlasten.

Das gelang nicht. Warum sollte es jetzt, wenn die Autobahn nochmals um zwei Spuren ausgebaut wird, gelingen?

In Zollikofen hält sich Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP) bezüglich der Abstimmung bedeckt. «Wir haben als Gemeinde keine Parole gefasst», sagt er. Zollikofen sei in einem Spannungsfeld. «Einerseits sind wir eine der Gemeinden, die mindestens kurzfristig ziemlich viel profitieren könnte – andererseits wirkt sich die Klimabilanz negativ auf unsere Beurteilung aus, darum haben wir auch Einsprache gegen das Projekt gemacht.»

Er persönlich gehe davon aus, dass es bei einem Ausbau der Autobahn «sicher nicht eine Zunahme» des Verkehrs auf der Bernstrasse geben würde. Er will sich aber auch nicht auf die Äste herauslassen, ob der Verkehr auf der Bernstrasse gross reduziert werden könnte.

Was aber klar scheint: Mit der Zahl von knapp 20'000 Fahrzeugen pro Tag ist die Strasse an einer Belastungsgrenze angelangt. Mehr geht einfach nicht. Oder nur durch viel Stau, was sich immer zeigt, wenn es auf



der Autobahn einen Unfall gegeben hat, und die Pendler*innen sich einen Weg durch die Agglo suchen. Dann geht es nur noch im Schritttempo vorwärts.

Zurück in Schönbühl. Hier ist die Gemeinde gegen den Ausbau der Autobahn. Sie fürchtet um die Wohn- und Lebensqualität, wie sie in ihrer Einsprache festgehalten hat.

Auch in Schönbühl ist das Verkehrschaos am schlimmsten, wenn es auf der Autobahn Stau durch einen Unfall gibt. In jenen Momenten sieht man viele Autokennzeichen aus anderen Kantonen, deren Fahrer*innen sich Schleichwege suchen, um den Stau zu umgehen. Das ist aber geschätzt weniger als einmal pro Woche der Fall.

Möglicherweise würde es durch einen Ausbau der Autobahn bei einem Unfall weniger Rückstaus geben. Und weniger Ausweichverkehr. Nur ist das nicht das Hauptproblem von Schönbühl. Das Problem ist der stetige Verkehr, vor allem zu Stosszeiten.

17.30 Uhr. Es wird langsam dunkel. Der Verkehr durch Schönbühl kriecht weiter. Hier glaubt niemand so recht daran, dass sich durch den Autobahnausbau etwas am Verkehrschaos ändern würde. Auch wenn in der Abstimmungsvorlage steht: «Bundesrat und Parlament wollen mit sechs Projekten gezielt Engpässe beseitigen, damit Lastwagen und Autos nicht in Wohnquartiere und Dörfer ausweichen.»